

II- 11073 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/131-I/6/93

6. September 1993

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

5088 IAB
1993-09-07
zu 5062/J

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschober, Freunde und Freundinnen haben am 7. Juli 1993 unter der Nr. 5062/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend einseitige EG-Information gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Von wem wurde die Entscheidung getroffen, die sogenannte EG-Informationsveranstaltung (Informationsabend) völlig einseitig ausschließlich mit EG-Befürwortern zu besetzen?
2. Kam es zu Interventionen/Anregungen des Landes Oberösterreich, auch bei der Abendveranstaltung EG-Kritiker gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen? Wenn ja, wann und mit welcher Begründung wurden diese Anregungen abgelehnt?
3. Wurde von der durchführenden Agentur auch ein Konzept auf Durchführung einer ausgewogenen Abendveranstaltung in Form eines ausgewogenen besetzten Podiums vorgelegt? Wenn ja, mit welcher Argumentation wurde dieses Konzept, wurden diese Anregungen verworfen?
4. Wird dieses Modell von Informationstagen, wie es in Oberösterreich durch extrem geringes Bürgerinteresse und durch eine manipulierte Abendveranstaltung Schiffbruch erlitten hat, nun dennoch in anderen Landeshauptstädten fortgesetzt?

5. Wie hoch waren die Gesamtkosten für den EG-Informationstag in Linz? Wie hoch waren die Einzelkosten für Inserate, Säulenmittel, Werbung, Personal?
6. Kam es im Zusammenhang mit der Besetzung, mit der Struktur des EG-Informationstages in Linz zu politischen Interventionen oder Weisungen? Wer trägt die politische Verantwortung für die völlige Einseitigkeit der Abendveranstaltung?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorweg möchte ich auf die grundsätzlichen Überlegungen der Informationsinitiative der Bundesregierung eingehen. Das Ziel der Informationsinitiative ist die Vermittlung von Informationen zum Thema "Europäische Gemeinschaft". Da es sich bei dieser Themenstellung um ein sehr komplexes Gebiet handelt, kommen unterschiedliche Mittel zum Einsatz. Die klassische Werbung hat das Ziel, Interesse am Thema zu wecken und auf das vorhandene Informationsmaterial aufmerksam zu machen. Auf einer zweiten Ebene werden laufend allgemeine Informationen erarbeitet, wie etwa "Das Buch", Disketten, sowie themen- und branchenspezifische Informationen. Das Europa-Telefon wurde als Informationsdrehscheibe eingerichtet und wird auch sehr intensiv in Anspruch genommen.

Seit Beginn der Informationsinitiative ist das Wissen um Europa und das Interesse an Europa stark gestiegen. Es zeigt sich aber auch, daß Informationsmaterial allein die persönliche Diskussion nicht ersetzen kann. Deshalb werden vom Staatssekretariat für Integration in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Partnern, darunter auch den Bundesländern, Veranstaltungen durchgeführt, die interessierten Staatsbürgern die Möglichkeit eröffnen, konkrete Fragen direkt mit Experten zu diskutieren.

Zu den Fragen 1 und 2:

Ziel des EG-Informationsabends vom 28. Juni 1993 war es, die österreichische Bevölkerung über die Auswirkungen eines EG-Beitritts zu informieren. Daher war nie eine politisch-kontrover-sielle Podiumsdiskussion zwischen EG-Befürwortern und EG-Gegnern geplant. Es sollten vielmehr Experten auf Fragen der oberösterreichischen Bevölkerung antworten. Zu diesem Zweck wurde die oberösterreichische Bevölkerung von zwei Printmedien eingeladen, den EG-Beitritt betreffende Fragen einzusenden. Diese wurden dann gemeinsam mit jenen, die während der Veranstaltung gestellt wurden, beantwortet.

Aus dieser Konzeption ergab sich folgende Zusammensetzung des Podiums:

Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer
Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck
als Gastgeber;

LH-Stv. Dr. Karl Grüner
für Fragen aus dem Bereich Konsumentenschutz und EG;

Landesrat Dr. Christoph Leitl
für Fragen aus den Bereichen Finanzen, Raumordnung, Energie und EG;

Mag. Hans Kletzmayr (Präsident der Landwirtschaftskammer OÖ)
für Fragen aus dem Bereich Landwirtschaft und EG;

LABg. Dr. Paul Rübiger (WIFI-Kurator OÖ)
für Fragen aus den Bereichen Unternehmen, Handel und EG;

Frau Mag. Eva Belabed (Europabeauftragte der Arbeiterkammer OÖ)
für Fragen aus den Bereichen Soziales und Arbeitsrecht;

Landtagsdirektor Dr. Helmut Hörtenhuber
für Rechtsfragen im Zusammenhang mit einem EG-Beitritt;

Dr. Karl Büche (Generaldirektor der österreichischen Brau AG)
für die Beantwortung konkreter Anliegen von Unternehmungen im
Zusammenhang mit einem EG-Beitritt.

Die Entscheidung über die Durchführung dieser Veranstaltung
wurde seitens des Bundeskanzleramts auf Basis einer Empfehlung
der Arbeitsgruppe EG-Öffentlichkeitsarbeit durch das Staats-
sekretariat getroffen.

Dieser Konzeption entsprechend erfolgte die Auswahl der Ex-
perten durch das Land Oberösterreich und durch das Bundeskanz-
leramt. Auch die Einladung der genannten Personen erfolgte
gemeinsam durch Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und Staatssekre-
tärin Mag. Ederer. Das Land Oberösterreich war in jeder Phase
der Vorbereitung der Veranstaltung bis zu deren Durchführung
gleichberechtigt eingebunden.

Zu Frage 3:

Die Veranstaltung wurde von Anfang an als "Informationsveran-
staltung" und nicht als "Podiumsdiskussion" konzipiert.
Schwerpunkt war die Vermittlung von Sachinformationen durch Per-
sonen des öffentlichen Lebens, die sich speziell mit Fragen der
Integration Österreichs in die EG befassen. Das Publikum hatte
die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Diskussionsbeiträge in
die Veranstaltung einzubringen.

- 5 -

Um der Bevölkerung das breite Meinungsspektrum zum Thema "Europa" zu dokumentieren, wurde im Foyer des Kaufmännischen Vereinhouses in Linz eine Ausstellung organisiert. Von dieser Möglichkeit haben auch durchaus EG-kritische Institutionen Gebrauch gemacht. Dies wurde im übrigen sogar in einem Brief der EG-kritischen Initiative Oberösterreich an Frau Staatssekretärin Mag. Ederer vom 12. Juli 1993 als eine "positiv bewertete Möglichkeit" bezeichnet.

Zu Frage 4:

Vorweg weise ich die Unterstellungen zurück, es habe sich in Linz um eine "manipulierte" Veranstaltung gehandelt und das Modell hätte "Schiffbruch" erlitten. Nicht zuletzt durch die Tatsache, daß der Dialog zwischen Fragestellern und Experten 2 1/2 Stunden live im Radio Oberösterreich übertragen wurde, konnte ein wesentliches Ziel der Veranstaltung erreicht werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen der Europa-Initiative auch in Zukunft Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit einzelnen Bundesländern bzw. Gemeinden durchzuführen. Die jeweilige Veranstaltungsform wird auch in Zukunft, wie bei Kooperationen üblich, gemeinsam mit dem Veranstaltungspartner festgelegt werden.

Zu Frage 5:

Für die Veranstaltung am 28. Juni 1993 in Linz wurden folgende Mittel aufgewendet:

Honorar Firma Publico	S 150.000,--
Kaufmännisches Vereinshaus (Saalmiete, Dekoration, Technik)	S 62.465,--
Einladungen	S 15.713,40
Plakate	S 3.891,60
weitere Fremdkosten	S 37.516,--
Gestaltung der Inserate, Einladungen je ein ganzseitiges Inserat in der Neuen Kronen Zeitung Oberösterreich und in den OÖ-Nachrichten	S 69.188,-- S 371.880,--
Kosten insgesamt (incl. Mwst.)	<hr/> <u>S 710.654,--</u> <u>=====</u>

Zu Frage 6:

Wie bereits mehrfach dargelegt, wurde die Veranstaltung gemeinsam mit dem Land Oberösterreich als Informationsveranstaltung konzipiert und durchgeführt. Bis zur Festlegung des Konzepts wurden naturgemäß von den damit befaßten Mitarbeitern mehrere Varianten sowie deren "für" und "wider" diskutiert.

